



microstock3D / shutterstock.com



Befragt man Unternehmen danach, welche Aspekte sie berücksichtigen, wenn sie einen Standort wählen, dann wird – neben anderen – immer auch «Sicherheit» genannt. Meistens wird darunter vorab Rechtssicherheit verstanden:

man will sich als Unternehmen darauf verlassen können, dass morgen im Grundsatz noch die gleichen Regeln gelten wie heute. Das kann sich auf das Steuersystem oder die Grundrechte beziehen, aber auch die Stabilität des politischen Systems gehört dazu. Niemand will an einem Ort investieren, wo man permanent mit einem politischen Umsturz rechnen muss oder Eigentums Garantien von einem Tag auf den anderen ausser Kraft gesetzt werden können. Aber nicht nur Rechtssicherheit ist bedeutend, sondern auch soziale Sicherheit, die einer Gesellschaft Stabilität gibt und – last but not least – physische Sicherheit für Mitarbeitende und Anlagen.

Wenn man noch praktischen Anschauungsunterricht für diese Prämisse benötigt hätte – der Angriff Russlands auf die Ukraine liefert ihn in brutaler Weise. Schweizer Unternehmen in der Ukraine sehen sich mit der Gefährdung ihrer Mitarbeitenden und der Zerstörung ihrer Anlagen konfrontiert und nicht zuletzt auch der Gefahr, dass über

Jahre aufgebautes Knowhow verloren geht. Und in Russland ist an eine unternehmerische Tätigkeit schon rein faktisch fast nicht mehr zu denken, diese wird aber zusätzlich durch Übergriffe des Staates verunmöglicht und – nicht zu unterschätzen – durch moralischen Druck durch die Konsumenten immer schwieriger zu rechtfertigen.

In der Schweiz tun wir gut daran, der Binsenwahrheit, dass Sicherheit eines der wichtigsten und keineswegs gottgegebenen Güter ist, wieder mehr Beachtung zu schenken. Militärische Sicherheit, in den letzten Jahren von vielen belächelt, ist eben kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Dass die Opposition gegen ein neues Kampfflugzeug vollständig aus der Zeit gefallen ist, leuchtet in diesem Sinne wohl jedem ein. Aber auch von einem verstärkten Schutz der EU-Aussengrenzen profitiert die Schweiz, die Teil des Schengen-Raums ist. Und Frontex, die Europäische Grenzschutzagentur, bildet einen wichtigen Baustein im Sicherheitsgefüge. Und hier können wir am 15. Mai ganz konkret den Beweis dafür liefern, wie ernst wir das Thema Sicherheit nehmen. Denn ein Nein zum Ausbau von Frontex hätte einen Ausschluss der Schweiz aus dem Schengen-Raum zur Folge. Auch aus diesem Grund setzt sich die Wirtschaft für ein Ja zu Frontex ein. Die Zürcher Handelskammer bittet Sie, dies ebenfalls zu tun.



DR. REGINE SAUTER, DIREKTORIN

Wichtiger Urnengang für die Wirtschaft am 15. Mai 2022

Am 15. Mai stimmt die Zürcher Stimmbevölkerung über die kantonale Elternzeitinitiative ab. Diese gilt es abzulehnen, weil sie zu extrem ist und den Wirtschaftsstandort Zürich klar benachteiligen würde. Auf eidgenössischer Ebene stimmen wir über den notwendigen Ausbau von Frontex ab, welcher nicht nur aus sicherheitspolitischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Perspektive von grosser Relevanz für die Schweiz und Zürich ist.

AUTOR: ROMAN OBRIST, LEITER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Während es auf eidgenössischer Ebene ein JA zur Erhöhung des Schweizer Beitrags an die europäische Grenzschutzorganisation Frontex braucht, ist auf kantonaler Ebene ein klares Nein zur Elternzeitinitiative notwendig. Ein JA zu Frontex verhindert, dass die Schweiz aus der europäischen Sicherheitsarchitektur fällt – mit entsprechend gravierenden Konsequenzen für die Wirtschaft. Ein Nein zur untauglichen Elternzeitinitiative verhindert einen gefährlichen und teuren Zürcher Alleingang, welcher insbesondere die KMUs stark belasten würde.

NEIN zur Elternzeitinitiative

Die Initianten der SP verlangen mit ihrer kantonalen Volksinitiative (VI "Für eine Elternzeit"), den Mutterschafts- sowie Vaterschaftsurlaub für jeden erwerbstätigen Elternteil auf je 18 Wochen auszudehnen. Sowohl der Regierungsrat als auch der Kantonsrat empfehlen diese Initiative aufgrund ihres unverhältnismässigen Ausbaus zur Ablehnung.

Grundsätzlich kann eine gemeinsame Elternzeit die fortschrittlichere Lösung als ein Mutterschafts- und ein Vaterschaftsurlaub sein. Allerdings ist ein derart massiver Ausbau des Vaterschaftsurlaub von heute zwei auf 18 Wochen für die meisten Unternehmen nicht zumutbar.

Kosten von bis zu zwei Milliarden und sehr lange Abwesenheiten

Es wird damit gerechnet, dass die Initiative im Kanton Zürich pro Jahr Kosten von insgesamt bis zu zwei Milliarden Franken verursachen würde. Die direkten Kosten sollen je zur Hälfte von den Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden finanziert werden. Das bedeutet, dass alle im Kanton Zürich angestellten Personen mit zusätzlichen Lohnabzügen belastet würden.

Die Elternzeitinitiative würde zu enorm langen Abwesenheiten führen, was gerade kleine und mittlere Unternehmen nicht nur vor unzumutbare Kosten, sondern insbesondere auch vor komplexe organisatorische Schwierigkeiten stellt. Mir der zunehmenden Spezialisierung der Fachkräfte wird es zudem immer anspruchsvoller, adäquate Stellvertretungen zu finden.

« Die Elternzeitinitiative schadet der Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich. »

Gefährlicher Alleingang, der gegen Bundesrecht verstösst

Gemäss einem Bericht des Bundesrats von 2011 liegt die Kompetenz zur Einführung eines Elternurlaubs für Personen mit privatrechtlichen Arbeitsverhältnissen einzig beim Bund. Die Kantone haben demnach keine Befugnis, einen zusätzlichen Urlaub zu gewähren.

Eine kantonale Elternzeit schwächt nicht nur die Wirtschaftskraft durch höhere Arbeitskosten. Sie schadet auch der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich im Vergleich zu den Nachbarkantonen, welche keine umfassende Elternzeit kennen. Im Fall eines solch extremen Alleingangs des Kantons Zürich dürften sich Unternehmen ernsthaft überlegen, ob sie ihre Niederlassungen nicht in einen Nachbarkanton verlegen sollen. Auch bei Neuansiedelung von Unternehmen kann es dazu führen, dass KMU sich eher in benachbarten Kantonen orientieren werden, welche überdies auch attraktivere Unternehmenssteuern anbieten.

JA zu Frontex

Die EU hat 2019 den Ausbau der EU-Grenz- und -Küstenwache Frontex beschlossen. Frontex leistet einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Aussen-grenzen des Schengen-Raums, zu welchem auch die Schweiz gehört. Um die Migrationsströme besser bewältigen und die international organisierte Kriminalität gezielter bekämpfen zu können, ist eine zeitgemässe Weiterentwicklung von Frontex und ihre Ausstattung mit mehr Ressourcen nötig. Der Ausbau wird auch mit einer Professionalisierung von Frontex einhergehen, um die Menschenrechte künftig besser zu schützen.

Am 1. Oktober 2021 haben Nationalrat und Ständerat beschlossen, den Schweizer Beitrag an Frontex zu erhöhen. Der Beitrag der Schweiz wird von 24 Millionen Franken im Jahr 2021 gemäss aktuellen Berechnungen bis 2027 auf schätzungsweise 61 Millionen Franken steigen.

Ein Komitee um das "Migrant Solidarity Network", bei dem sich SP, Grüne, Junge Grüne und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee engagieren, hat erfolgreich das Referendum gegen die Frontex-Vorlage ergriffen, weshalb sie nun zur Abstimmung steht.

Beteiligung an Frontex ist verpflichtender Teil des Schengen-Abkommens

Die Beteiligung an Frontex ist ein integraler Bestandteil des Schengen-Abkommens, welchem sich die Schweiz angeschlossen hat. Die Mitglieder des Schengenraums sind demnach verpflichtet, sich am Ausbau der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex zu beteiligen. Die Nichtübernahme der Schengen-Weiterentwicklung bezüglich Frontex hätte automatisch und unumkehrbar die Beendigung der Schengen-Assoziierung für die Schweiz zur Folge.

« Ein JA zu Frontex liegt im nationalen Interesse.»

Mitgliedschaft bei Schengen und Dublin nicht auf Spiel setzen

Beim bevorstehenden Urnengang geht es somit nicht nur um einen solidarischen und verhältnismässigen finanziellen Beitrag zur professionellen, humanitären Weiterentwicklung der europäischen Grenz- und Küstenwache. Mit der Teilnahme an Frontex sichert sich die Schweiz vielmehr auch ihre Mitgliedschaft im Schengen-Raum und beim Dublin-Abkommen.

Beide Übereinkommen sind in vielerlei Hinsicht wichtig für die Schweiz: Schengen ermöglicht das unkomplizierte und barrierefreie Reisen innerhalb Europas. Das Dublin-Abkommen gewährleistet Vereinfachungen im Asylwesen. Das Ende dieser Zusammenarbeit hätte somit weitreichende Folgen für die Sicherheit in der Schweiz und das Asylwesen.



hyotographics / shutterstock.com

Betroffenheit der Schweizer Wirtschaft

Eine Ablehnung der Erhöhung des Schweizer Beitrags zu Frontex und das damit verbundene Ende der Schengen-Mitgliedschaft liegt ebenso wenig im Interesse der Schweizer Wirtschaft. Zwischen der EU und der Schweiz würden wieder ordentliche Grenzkontrollen nötig werden. Reisende aus Drittstaaten würden künftig ein Extra-Visum für die Schweiz benötigen. Personenstaus, Warteschlangen an Flughäfen, Lieferverzögerungen für Güter und enorme Zusatzkosten für die gesamte Wirtschaft wären die Folge. Dem Schweizer Tourismus würden wegen des Wegfalls des Schengen-Visums jährlich bis zu 530 Millionen Franken entgehen.

Das Schweizer Stimmvolk hat sich 2005 klar für die Abkommen Schengen/Dublin ausgesprochen. Seither wurde die Zustimmung zur Schweizer Mitgliedschaft in Schengen in mehreren Urnengängen bestätigt. Ein JA zu Frontex am 15. Mai liegt somit im nationalen Interesse und respektiert die bisherigen Volksentscheide.

www.zhk.ch



ZHK News

Zürcher Staatsrechnung 2021 – Hoher Überschuss, der Spielraum schafft

Die Staatsrechnung des Kantons Zürich schliesst für das Jahr 2021 mit einem Ertragsüberschuss von 758 Millionen ab. Dieser enorme Gewinn zeigt, dass weiterer Handlungsspielraum für Steuersenkungen besteht. Der 2. Schritt der Umsetzung der Steuervorlage 17 muss nun endlich folgen.

Das positive Rechnungsergebnis spiegelt die Robustheit des Wirtschaftsstandorts Zürich trotz der pandemiebedingten Krise. Der Überschuss kommt wiederum dank den Steuereinnahmen zum Tragen - mit 8.345 Milliarden Franken bilden sie die wichtigste Einnahmequelle des Kantons. Insgesamt stiegen die Steuererträge gegenüber der Rechnung 2020 sogar um 7 Prozent.

Spielraum für Steuersenkungen

Der erneut hohe Gewinn des Kantons belegt nachweislich, dass Spielraum für Steuersenkungen sowohl bei Unternehmen als auch bei Privatpersonen besteht. Korrekturen bei der kantonalen Steuerprogression insbesondere in Bezug auf hohe Einkommen und Vermögen sind überfällig, um im kantonalen Steuerwettbewerb zu bestehen.

Die Steuerbelastung von Unternehmen ist im Kanton Zürich im Vergleich zu anderen Kantonen überdurchschnittlich hoch, was der Standortattraktivität schadet. Gemäss dem aktuellen Steuerbelastungsmonitor ist Zürich im Vergleich zum Jahr 2006 bei der Unternehmensbesteuerung vom 13. auf den 26. Rang abgerutscht – Zürich ist neu das Schlusslicht. Selbst mit dem ersten Schritt der Umsetzung der Steuervorlage 17 hinkt Zürich der kantonalen Konkurrenz hinterher. Umso wichtiger ist nun die überfällige Umsetzung der zweiten Etappe der Steuervorlage 17.

Unternehmen sollen entlastet werden

Der Wirtschaftsstandort steht auch vor grossen internationalen Herausforderungen. Die anstehende OECD-Steuerreform und die Unsicherheiten in den Handelsbeziehungen zu unserem wichtigsten Handelspartner, der Europäischen Union, fordern die Unternehmen heraus. Insofern gilt es, die Unternehmen dort zu entlasten, wo es möglich

ist. Der wiederholt grosse Überschuss zeigt, dass der Kanton einen fiskalpolitischen Handlungsspielraum hat, den er zugunsten des Wirtschafts- und Innovationsstandorts nutzen muss.

www.zhk.ch



ZHK fordert Überarbeitung der Teilrevision des Kartellgesetzes

In der Vernehmlassungsvorlage zur Teilrevision des Kartellgesetzes fehlen viele für die Wirtschaft wichtige Änderungen und Ergänzungen, weswegen die ZHK die Teilrevision in der vorliegenden Fassung ablehnt und eine Überarbeitung fordert.

Nach dem gescheiterten Revisionsvorhaben im Jahr 2014 startete der Bundesrat einen neuen Versuch, das Kartellgesetz in Teilen zu revidieren. Kernelement bildet aus Sicht des Bundesrats die Modernisierung der schweizerischen Fusionskontrolle. Daneben umfasst die Vernehmlassungsvorlage zudem auch die Verbesserung des Widerspruchsverfahrens, eine Anpassung des kartellrechtlichen Zivilverfahrens sowie die Forderungen zweier Motionen. Gegenüber der gescheiterten Kartellrechtsrevision von 2014 wurde die vorliegende Vernehmlassungsvorlage schlanker gehalten, um sich auf einige kaum umstrittene Punkte zu fokussieren. Wie die ZHK in ihrer Stellungnahme zur Vernehmlassung schreibt, sind die vorgeschlagenen Revisionspunkte zwar im Grundsatz zu begrüßen, jedoch fehlen in der vorliegenden Fassung viele für die Wirtschaft wichtige Änderungen und Ergänzungen.

Institutionenreform und Compliance-Programme

Der Respekt vor politisch anspruchsvollen und kontroversen Diskussionen darf für die ZHK kein Grund sein, notwendige Revisionspunkte jetzt nicht anzugehen oder auf unbestimmte Zeit hinauszuzögern. Sie fordert deswegen die Rückweisung der Vorlage zur Überarbeitung und insbesondere die Aufnahme einer umfassenden Institutionenreform sowie die Berücksichtigung von Compliance-Programmen. Eine Reform sollte die Neuordnung der Institutionen des Kartellrechts – namentlich der Wettbewerbskommission (WEKO) und dessen Sekretariat – beinhalten und somit eine konsequente Trennung zwischen Untersuchungs- und Entscheidungsebene schaffen. Compliance-Programme sollten zudem sanktionsmildernd berücksichtigt werden, um damit einen

Anreiz für präventive Massnahmen gegen Verletzungen des Kartellrechts zu schaffen.

Vollständige Stellungnahme unter www.zhk.ch



Unternehmerische Verantwortung und Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung

Anlässlich eines Online-Politicafés der ZHK diskutierten Expertinnen und Experten, wie internationale Standards zu Wirtschaft und Menschenrechten Unternehmen verstärkt zur Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung verpflichten.

Internationale und nationale Standards fordern Unternehmen zunehmend dazu auf, ihre menschenrechtliche Verantwortung wahrzunehmen und menschenrechtliche Sorgfaltsprüfungen vorzunehmen. Gerade in Europa entwickeln sich die rechtlichen Anforderungen für eine Pflicht zur menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung rasch weiter. Im Prinzip beruhen die verschiedenen Regelungen alle auf denselben internationalen Standards, darunter die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs) und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

Situation in der Schweiz

Wie Amina Joubli, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Ressort Internationale Arbeitsfragen beim Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, ausführte, übernimmt der Bundesrat die UNO-Leitprinzipien mit dem Nationalen Aktionsplan (NAP) für Wirtschaft und Menschenrechte. In diesem wird erläutert, wie die Schweiz die internationalen Leitlinien umsetzt. Er richtet sich sowohl an Unternehmen als auch den Staat. "Dabei ist es gerade für KMU oft schwierig, allen Anforderungen gerecht zu werden, da diese nur über begrenzte Ressourcen verfügen", so Amina Joubli. Dem stimmte auch Matthias Leisinger, Director & Co-founder der auf die Beratung von Unternehmen bei der Verankerung der menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung spezialisierten focusright GmbH, zu. Er führte aus, dass Unternehmen heute die Erwartungen von vielen verschiedenen Stakeholdern erfüllen müssen. Neben Mitarbeitenden, der Zivilgesellschaft, Investoren oder Geschäftspartnern stellt auch der Staat hohe Anforderungen an Unternehmen.

Seit Januar 2022 müssen Schweizer Firmen aufgrund des Gegenvorschlages zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative bspw. Sorgfalts- und Berichterstattungspflichten in verschiedenen Themenbereichen wahrnehmen.

Herausforderungen für Unternehmen

Wie müssen Unternehmen auf alle diese Anforderungen reagieren? Für Matthias Leisinger ist klar: "Die unterschiedlichen rechtlichen Anforderungen an Unternehmen basieren alle auf den UNGPs und den OECD-Leitsätzen. Als Unternehmen sollte man sich deswegen möglichst an diesen Standards orientieren". Wie ein multinationales Unternehmen konkret mit den gestiegenen Anforderungen an die menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung umgeht, erläuterte beim ZHK-Politicafé Sabine Lötscher, Head Human Rights and Social Impact bei Holcim. Wichtig ist gemäss Sabine Lötscher, dass ein Unternehmen eine umfassende Sicht auf seine Geschäftstätigkeit einnimmt und die unternehmerischen Auswirkungen auf alle Personen, welche mit dem Unternehmen verlinkt sind, analysiert. Holcim orientiert sich stark an den UNGPs und setzt darauf, dass möglichst viele Mitarbeitende in die menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung involviert sind. "Die verschiedenen Stakeholder treiben uns dazu an, einen ambitionierten Ansatz zu verfolgen. Schlussendlich ist es aber eine interne Überzeugung, dass die Sorgfaltsprüfung notwendig und Teil unserer Kernwerte ist".

www.zhk.ch



ZHK DIENSTLEISTUNGEN

Entdecken Sie das ZHK-Firmenwiki

Das ZHK-Firmenwiki, kurz Fiwi, vereint alle Nachrichten derjenigen Unternehmen, welche Mitglied bei der Zürcher Handelskammer sind. Gibt es spannende Nachrichten und Informationen über Ihr Unternehmen zu berichten, die auch für andere relevant sind, dann können Sie gerne Informationen und Medienmitteilungen an folgende E-Mail-Adresse schicken: zhkfirmenwiki@punkt4.info
www.zhk.ch/fiwi



Dialog schafft Verständnis über Generationen hinweg

Jedes Gespräch trägt zum Verständnis zwischen den Generationen bei. Das ist eines der Erkenntnisse aus der Diskussion anlässlich des Frühlingsanlasses der Zürcher Handelskammer und Arbeitgeber Zürich VZH.

Der Frühjahrsanlass der Verbände Zürcher Handelskammer und Arbeitgeber Zürich VZH hat eine Diskussionsplattform für die Frage geboten, ob ein Generationenkonflikt die Schweizer Gesellschaft spaltet. Die ZHK-Präsidentin Karin Lenzlinger begrüsst zu dieser Veranstaltung, die aus Corona-Gründen an die Stelle des traditionellen Neujahrsanlasses getreten war. Sie sagte: „In den letzten zwei Jahren ist zur brutalen Gewissheit geworden, dass unsere Freiheit nicht selbstverständlich ist.“ Es bedürfe des Engagements der Wirtschaft, Politik und ganzen Gesellschaft, für deren Wahrung Verantwortung zu übernehmen.

Altersvorsorge ist das grösste Problem für Jugendliche

Zur Generationendiskussion waren zwei Personen geladen, die dieses Thema im Rahmen der Kolumne „Jung & Alt“ in der Zeitung „Schweiz am Wochenende“ bearbeiten: der 77jährige Publizist und Philosoph Ludwig Hasler sowie Samantha Zaugg, 27 Jahre alt, Journalistin und Kunststudentin. Als Moderatorin konfrontierte ZHK-Direktorin Regine Sauter die Gäste mit Ergebnissen des letzten CS-Jugendbarometers. Unter anderem damit, dass Jugendliche in der Altersvorsorge das grösste Problem der Schweiz betrachten und immer weniger optimistisch in die Zukunft blicken.

Dazu formulierte Hasler als Grundkonflikt zwischen den Generationen: „Meine Generation hat im satten Bewusstsein gelebt, den Wohlstand erarbeitet zu haben, den Jüngere nun geschenkt bekommen. Wir erwarten Dankbarkeit. Und was kriegen wir? Prügel. Denn wir haben auf dem Planeten herumgefuhwerkelt und die aktuelle Generation sieht die Spuren.“

Aktuelle Generation ist politisch

Samantha Zaugg bestätigte, dass ihre Generation trotz aller Heterogenität eine grosse Sensibilität für Umweltthemen aufweise. Doch Fatalismus wollte sie hier nicht erkennen. „Die aktuelle Generation ist politisch. Und zu ihren grossen Stärken zählt, dass sie hierfür auch Kanäle wie TikTok und Instagram zu nutzen weiss.“

Die Diskutierenden fanden im persönlichen Austausch auf dem Podium eine Reihe gemeinsamer Standpunkte. Laut Regine Sauter ein positives Zeichen für die Kraft des Dialogs: „In den Grundwerten finden Sie Verständnis“, sagte sie. Der Geschäftsleiter von Arbeitgeber Zürich VZH, Hans Strittmatter, fügte in seinem Schlusspunkt hinzu: „Der Austausch zwischen den Generationen ist eine Chance, klug alt zu werden.“

www.zhk.ch



Neue Mitarbeiterin Wirtschaftswochen



Melanie Künzli hat per 14. Februar 2022 die Nachfolge von Giulia Bonaldi als Projektleiterin der erfolgreichen und beliebten Wirtschaftswochen angetreten. Als ausgebildete Betriebswirtschafterin mit langjähriger und ausgewiesener Erfahrung im Projekt- und Kundenmanagement (zuletzt bei Adcom Switzerland AG) und ihrem grossen Interesse an Wirtschaft bringt sie die idealen Voraussetzungen mit. Wir heissen Melanie Künzli herzlich willkommen und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Giulia Bonaldi trat per Ende März ihren ordentlichen und wohlverdienten Ruhestand an. Mit ihrem grossartigen Engagement und viel Herzblut hat Giulia Bonaldi seit fast 20 Jahren die Organisation der ZHK-Wirtschaftswochen massgeblich und sehr erfolgreich geprägt. Wir danken ihr herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz und wünschen ihr für ihren neuen Lebensabschnitt alles Gute.

www.zhk.ch



Kurznews

Schweiz gehört zu den glücklichsten Ländern der Welt

Die Schweiz belegt im neuen Weltglücksbericht den vierten Platz. Nummer eins ist Finnland, gefolgt von Dänemark und Island. Im Bericht werden etwa Daten zur Wirtschaftsleistung, zur Lebenserwartung oder zur Gesundheit berücksichtigt.

www.unsdnsn.org



Kanton Schaffhausen ist bei Unternehmen gefragt

Trotz Pandemie stehen die Zeichen für die Wirtschaft im Kanton Schaffhausen auf Wachstum. Die kantonale Wirtschaftsförderung hat im vergangenen Jahr 29 Firmenansiedlungen sowie mehrere Start-ups betreut. Die Zahl der Neugründungen stieg um 26 Prozent. Auf die Mindestbesteuerung der OECD stellt sich der Kanton mit neuen Strategien ein.

www.standort.sh.ch



SDG-Ziele von Firmen sind nicht ambitioniert genug

Die Nachhaltigkeitsziele (SDG) von 151 Schweizer Unternehmen haben sich gegenüber 2019 verbessert. Doch sie sind nicht ambitioniert genug, um den Ansprüchen der Agenda 2030 zu genügen. Das zeigt eine Analyse von 151 Schweizer Unternehmen durch engageability und Partner.

www.focusedreporting.ch



Kanton Zürich lanciert Sandbox für KI-Vorhaben

Der Kanton Zürich lanciert eine Testumgebung für Vorhaben aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI), die sogenannte Innovation-Sandbox. Bei dieser von Verwaltung, Privatwirtschaft und Forschung unterstützten Initiative sollen offene Fragen bezüglich der Regulierung beantwortet werden.

www.zh.ch



Passagiere wählen Flughafen Zürich erneut zum besten Europas

Auch im Pandemiejahr 2021 ist der Flughafen Zürich zum besten Europas gewählt worden. In der Kategorie 25 bis 40 Millionen Passagiere pro Jahr teilt er sich den Airport Service Quality Award mit den Flughäfen in Wien und Moskau.

www.aci.aero



Fintech-Branche stabilisiert sich

Die Zahl Schweizer Fintech-Firmen ist 2021 im Jahresvergleich gesunken, die bestehenden Unternehmen sind gleichzeitig gewachsen. Die beste Entwicklung zeigen international aktive, auf Geschäftskunden ausgerichtete Fintechs. Dies zeigt die aktuelle Fintech-Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen der Hochschule Luzern.

www.hslu.ch



Die Schweiz bleibt auch in der Pandemie innovativ

Auch im zweiten Jahr der Pandemie haben Schweizer Unternehmen ihren Innovationsgeist bewiesen. So wurden 2021 mehr Marken angemeldet als im Vorjahr. Erneut haben fast 1000 Innovative ihre Erfindungen beim IGE mit einer Recherche unter die Lupe genommen.

www.ige.ch



Aktuelle Events

13. APR
2022

ZHK Lunch Talk 01/2022 –
EXPO 28

3. MAI
2022

VZH-Information: Neuerungen
bei der IV

21. JUN
2022

Dialog zum STI, Theorie und
Praxis

7. JUL
2022

ZHK Generalversammlung 2022
Für Mitglieder & geladene Gäste

Weitere Informationen sowie die Anmeldung für diese und andere ZHK- und Partner-Events finden Sie unter:

www.zhk.ch/events



Erklärvideos: Ursprungszeugnis & Carnet ATA



ZÜRCHER
HANDELSKAMMER

Zürcher Handelskammer

Ursprungszeugnis &
CARNET A.T.A.

Ursprungszeugnisse dienen zum Nachweis des Ursprungs sowie des Wertes oder des Preises einer Ware. Das Carnet ATA hingegen ist ein internationales Zollpapier, das bei der vorübergehenden Ein- und Ausfuhr sowie der Durchfuhr von Waren anstelle der sonst erforderlichen nationalen Zollpapiere verwendet werden kann.

Das Ursprungszeugnis und das Carnet ATA einfach erklärt: www.zhk.ch



IMPRESSUM

Die Zürcher Handelskammer (ZHK) vertritt als branchenübergreifender Wirtschaftsverband die Interessen von rund 1'100 Unternehmen in den Kantonen Zürich, Zug und Schaffhausen. Sie setzt sich für liberale und marktwirtschaftlich geprägte Rahmenbedingungen ein, um die Stellung der regionalen Wirtschaft zu fördern, und bietet zahlreiche Dienstleistungen für die exportierende Wirtschaft an.

Die ZHK behält sich vor, eingesandte Texte zu kürzen oder zu modifizieren.

Quelle: ZHK, Café Europe,

Fotos: Selina Meier, André Springer

Redaktionsschluss «Stimme der Wirtschaft» der ZHK

Ausgabe 05/22: Freitag, 22. April 2022

Abonnieren Sie auch unseren elektronischen Newsletter unter:

www.zhk.ch/de/newsletter

Zürcher Handelskammer

Löwenstrasse 11, Postfach,
8021 Zürich, zhk.ch

Direktion

Telefon 044 217 40 50

Fax 044 217 40 51

direktion@zhk.ch

Beglaubigungen

Telefon 044 217 40 40

Fax 044 217 40 41

beglaubigung@zhk.ch